



4.14.03.13/4#1

Postzustellungsauftrag

TransnetBW GmbH
Die Geschäftsführung
Pariser Platz /Osloer Str. 15-17
70173 Stuttgart

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
Ihr Antrag vom 15.06.2023

Mein Zeichen, meine Nachricht vom
4.14.03.13/4#1

☎ 0228

oder 14-0

Bonn
05.09.2023

Genehmigung nach § 11b Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 2 EnWG für die Energiespeicheranlage der Netzbooster-Pilotanlage Kupferzell M646

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem Verwaltungsverfahren gegenüber der TransnetBW GmbH (im Folgenden: Antragstellerin) mit dem Aktenzeichen 4.14.03.13/4#1 bescheidet die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn den Antrag der Antragstellerin vom 15. Juni 2023 wie folgt:

1. Der Antragstellerin wird nach § 11b Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 2 EnWG genehmigt, das Batterieenergiespeichersystem der Netzbooster-Pilotanlage Kupferzell M646 (BESS) in ihrem Eigentum zu haben sowie dieses zu errichten, zu verwalten und zu betreiben.
2. Die Genehmigung ergeht unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass die Antragstellerin das von ihr ausgeschriebenen Batterieenergiespeichersystem der Netzbooster-Pilotanlage Kupferzell M646 (BESS) entgegen ihrer Selbsterklärung vom 14. Juni 2023 verwendet, um Leistung oder Arbeit auf dem Strommarkt zu kaufen oder zu verkaufen.
3. Hinsichtlich der Gebühren für dieses Verfahren ergeht eine gesonderte Entscheidung.

Bundesnetzagentur für
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen

Behördensitz: Bonn
Tulpenfeld 4
53113 Bonn
☎ 0228 14-0

Telefax Bonn
0228 14-8872

E-Mail
poststelle@bnetza.de
Internet
<http://www.bundesnetzagentur.de>

Bitte neue Bankverbindung beachten!
Bundeskasse Weiden
Dt. Bundesbank – Filiale Regensburg
BIC: MARKDEF1750
IBAN: DE08 7500 0000 0075 0010 07

Gründe

I. Sachverhalt

Die Antragstellerin ist ein deutscher Übertragungsnetzbetreiber und begehrt eine Genehmigung für die Errichtung, die Verwaltung und den Betrieb des Batterieenergiespeichersystems des Netzbooster-Pilotprojekts Kupferzell M646 (BESS) in eigenem Eigentum.

Netzboosterkonzept/-genehmigung allgemein

Wesentliche Bestandteile des Netzboosterkonzepts sind Energiespeicheranlagen, welche an strategisch günstigen Netzknoten vorgehalten werden, um eine höhere Auslastung des Bestandsnetzes zu ermöglichen. Während nach dem bisherigen präventiven Netzbetriebskonzept bei einem Ausfall einer einzelnen Stromleitung keine anderen Betriebsmittel überlasten dürfen (sogenanntes (n-1) Prinzip), soll die Einführung von Netzboostern Teil eines reaktiven Netzbetriebsführungskonzepts werden. Reaktiv bedeutet in diesem Zusammenhang, dass nicht alle möglichen Fehlerzustände bereits vor ihrem Eintreten durch ein Engpassmanagement im Vorhinein abgesichert werden, sondern erst im Fall eines tatsächlichen Betriebsmittelausfalls reagiert wird. In diesem Fall soll die in den Netzboostern vorgehaltene Leistung sehr kurzfristig eingesetzt werden können, um zeitweise Überlastungen durch Ausfälle zu kompensieren. Hierfür wird beispielsweise in Süddeutschland schnell Leistung aus einer Energiespeicheranlage in das Netz ausgespeichert, während nördlich des Leitungseinganges die entsprechende Erzeugungsleistung ebenso schnell reduziert wird. Bei einem Betriebsmittelausfall soll dadurch eine zeitweise Überlastung einzelner Netzabschnitte behoben werden. Hierdurch sollen letztendlich auch die Kosten des Netzbetriebs gesenkt werden können. Technisch-wirtschaftlicher Grundgedanke eines Netzboosters ist es also, eine reaktive Betriebsweise des Übertragungsnetzes zu ermöglichen, es auf diese Weise höher auslasten zu können und so Engpassmanagementmaßnahmen und die damit verbundenen Kosten zu reduzieren.

Nach den entflechtungsrechtlichen Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) darf ein Übertragungsnetzbetreiber allerdings nicht schon dann Eigentum an Energiespeicheranlagen haben, solche errichten, verwalten oder betreiben, wenn diese im Netzentwicklungsplan Strom (NEP) bestätigt sind. Vielmehr bedarf es zusätzlich einer besonderen Genehmigung durch die Bundesnetzagentur. Diese ist auf Antrag des Übertragungsnetzbetreibers unter anderem dann zu erteilen, wenn dieser nachgewiesen hat, dass die Energiespeicheranlage notwendig ist, damit er seinen Verpflichtungen in effizienter Weise nachkommen kann, und der Übertragungsnetzbetreiber ein offenes, transparentes und diskriminierungsfreies Ausschreibungsverfahren durchgeführt hat, bei dem er den Zuschlag zur Errichtung, zur Verwaltung oder zum Betrieb der Energiespeicheranlage nicht an einen Dritten erteilen konnte (sogenannter negativer Markttest).

Netzbooster-Pilotprojekt der Antragstellerin

Die Antragstellerin beabsichtigt, eine Netzbooster-Anlage am Standort Kupferzell in Süddeutschland zu errichten. Diese soll eine Leistung von 250 MW und eine Kapazität von 250 MWh haben. Im Norden ist keine eigenständige Maßnahme geplant, da unter anderem die Einbindung von Offshore-Windparks vorgesehen ist.

Das Netzbooster-Pilotprojekt der Antragstellerin wurde durch die Bundesnetzagentur erstmalig im NEP 2019-2030 und nochmals im NEP 2021-2035 geprüft. Der NEP stellt jeweils für einen bestimmten Zeitraum unter anderem die konkreten Maßnahmen fest, die zur bedarfsgerechten Optimierung für einen sicheren und zuverlässigen Netzbetrieb erforderlich sind. Zuletzt wurde das Netzbooster-Pilotprojekt der Antragstellerin am 14. Januar 2022 im NEP 2021-2035 bestätigt. Anders als die Übertragungsnetzbetreiber und anders als noch im NEP 2019-2030, kam die Bundesnetzagentur mittels eigener Analysen für den NEP 2021-2035 zu dem Ergebnis, dass von einer Amortisation der Kosten des Netzbooster-Pilotprojekts der Antragstellerin bei konstanter Fortschreibung der Einsparungen erst nach etwa 23 Jahren auszugehen wäre. In diesem Sinn konnte zwar keine Wirtschaftlichkeit des Projekts festgestellt werden. Dennoch erachtete die Bundesnetzagentur es als sinnvoll, die Netzbooster als Pilotanlagen eines neuartigen Betriebsführungskonzepts auch in der Praxis durch die Übertragungsnetzbetreiber testen zu lassen, was in der erforderlichen Abwägung ausschlaggebend für eine erneute Bestätigung im NEP 2021-2035 war. Denn auf diesem Wege könnten Erfahrungen im Bereich der reaktiven Netzbetriebsführung bereits früher als mittels der geplanten Hochspannungsgleichstrom-Übertragungssysteme (HGÜ-Systeme) gesammelt und die reaktive Betriebsführung in einem abgrenzbaren Bereich erprobt werden. Angesichts der fehlenden Erfahrungen mit der Technologie könne es daher nicht allein auf die ökonomische Prognose ankommen.

Die Antragstellerin entschied sich für ein zweistufiges Ausschreibungsmodell: Ausgeschrieben werden sollte danach auf einer ersten Stufe nur die benötigte Technik der Netzbooster-Pilotanlage am Standort Kupferzell. Dies betrifft insbesondere das BESS auf LFP-Basis, d.h. Batterien mit Lithium-Ionen Technologie, insbesondere Lithium-Eisenphosphat. Diese muss über eine Anbindung am 380 kV Umspannwerk Kupferzell eine Leistung von 250 MW für eine Stunde ins 380 kV Übertragungsnetz der Antragstellerin abgeben können. Die volle Leistung muss binnen ca. einer Stunde wieder aufgeladen sein. Die Anlage dient ausschließlich der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Energieversorgungssystems (kurativer Einsatz). Teil der Ausschreibung sollte zur Absicherung der Verfügbarkeit insbesondere auch die Ausarbeitung eines Instandhaltungskonzepts sein. Ein weiterer Bestandteil sollte der Abschluss eines langfristigen Vertrages mit einer Laufzeit von maximal 20 Jahren über die Erbringung der erforderlichen Instandhaltungs-, Wartungs- und Serviceleistungen sein, um die Verfügbarkeit der Gesamtanlage auch nach Ablauf des Gewährleistungszeitraumes bestmöglich abzusichern. Am Ende des Vergabeverfahrens sollte daher mit dem Bestbieter je ein Vertrag über die Errichtung des Netzboosters, über die Errichtung des Batterieenergiespeichersystems, über Instand-

haltungs-, Wartungs- und Serviceleistungen den Netzbooster betreffend sowie schließlich über Instandhaltungs-, Wartungs- und Serviceleistungen das Batterieenergiespeichersystem betreffend abgeschlossen werden. Innerhalb des ersten Ausschreibungsverfahrens waren also insgesamt vier Verträge zur Errichtung bzw. zur Wartung- und Instandhaltung zu vergeben.

Spätestens bis zum Ende dieser ersten Ausschreibung beabsichtigte die Antragstellerin eine Betreibergesellschaft zu gründen, welche den Errichtungsvertrag an den günstigsten Bieter vergeben sollte. In einem Zwischenschritt sollte dann ein Leasingvertrag zwischen der Betreibergesellschaft und der Antragstellerin ausgehandelt werden.

Auf einer zweiten Stufe sollte die Betreibergesellschaft (inkl. des Errichtungs- und des Leasingvertrages) ausgeschrieben werden, damit ein etwaiger Erwerber der Betreibergesellschaft den Netzbooster an die Antragstellerin verleasen kann (Leasingmodell). Fänden sich hierfür Bieter, sollte der günstigste Bieter die Anteile an der Betreibergesellschaft erhalten und in die Vertragspflichten eintreten. Das Eigentum an der Betreibergesellschaft und des zu errichtenden Netzboosters läge damit bei einem Dritten, welcher sich durch den Leasingvertrag mit der Antragstellerin refinanziert. Scheiterte der Markttest dagegen (weil sich kein Bieter findet), könnte die Antragstellerin einen Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für das Eigentum, die Errichtung, den Betrieb und die Verwaltung der Batteriespeicherkomponenten des Netzbooster-Pilotprojekts stellen.

Kommunikation zwischen der Antragstellerin und der Bundesnetzagentur vor Ausschreibungsbeginn

Dieses Modell stellte die Antragstellerin der Bundesnetzagentur in einem Termin am 1. März 2021 vor. In der Folge fanden zwischen Mai und Ende Juni 2021 mehrere Termine mit der Antragstellerin statt. In diesen Terminen ging es hauptsächlich darum, wie die Preisobergrenzen für die Ausschreibungen rechtmäßig zu ermitteln wären. Zudem wurde thematisiert, ob bzw. wie im Falle einer Erbringung durch einen Dritten, das Be- und Entladen des Netzboosters durch die Antragstellerin erfolgen könnte.

Zu letzterem trug die Antragstellerin vor, dass das Be- und Entladen nur von der Antragstellerin selbst erbracht werden solle. Im Fehlerfall im Höchstspannungsnetz müsse der Netzbooster gemäß seiner spezifizierten Funktionsweise automatisiert in ca. 0,1 Sekunden auslösen und Energie aus dem Batteriespeicher zur Stabilisierung ins Netz einspeisen. Bei aktiver Nutzung des Netzboosters herrsche immer eine kritische Situation im Netz. Das anschließende schnelle Wiederaufladen des Batteriespeichers müsse daher sichergestellt werden, ohne das Netz zusätzlich zu belasten. Hierfür lägen einem Dritten nicht ausreichend Daten zur Verfügung. Diese Aufgabe sei daher, auch im Hinblick auf Systemstabilität, ebenfalls nur durch den ÜNB zu leisten.

Am 7. Juli 2021 übersendete die Antragstellerin der Bundesnetzagentur die Entwürfe der Angebotsbedingungen und Projektverträge für die erste Ausschreibung mit der Bitte um eine erste Vorabschätzung zur Vereinbarkeit mit dem EnWG. Unterlagen zur beabsichtigten zweiten Ausschreibung wurden nicht übermittelt. Die Bundesnetzagentur gab am 15. Juli 2021 eine erste unverbindliche Einschätzung per E-Mail ab. Darin wies die Bundesnetzagentur auf verschiedene Punkte hin, die potentiell problematisch sein könnten:

- Nicht hinreichende Darstellung der beabsichtigten Durchführung der zweiten Ausschreibung zur Veräußerung der Betreibergesellschaft an einen Leasinggeber (Leasingmodell) in den Angebotsbedingungen und Projektverträgen.
- Errichtung der Anlage auf einem Grundstück der Antragstellerin. Hierdurch hätte es bereits vor einer entsprechenden Genehmigung zu einem gesetzlichen Eigentumserwerb der Antragstellerin an dem errichteten Batteriespeicher kommen können.
- Möglicher Verstoß gegen das Gebot der Offenheit durch Mindestumsatz für Bieter von 50 Mio. € pro Jahr der letzten 3 Jahre als Teilnahmevoraussetzung. Weiterhin sollten Bieter mindestens zwei vergleichbare Referenzprojekte über Batteriespeicher mit mind. 5 MW nachweisen.
- Möglicher Verstoß gegen das Gebot der Offenheit durch die Beschränkung auf Batteriespeicher auf LFP-Basis.
- Die gesetzlich vorgesehene Möglichkeit des „dual use“ darf nicht durch die Ausschreibungsmodalitäten verhindert werden.

Im Juli fanden hierzu Telefonate zwischen der Antragstellerin und der Bundesnetzagentur statt. Im Anschluss übersendete die Bundesnetzagentur am 26. Juli 2021 eine E-Mail, in der sie ihre Anmerkungen aus dem vorangegangenen Schreiben im Nachgang zu den Telefonaten präziserte.

Mit Schreiben vom 11. August 2021 erläuterte die Antragstellerin die Umsetzungsmöglichkeiten von dual use-Anwendungen im zweistufigen Ausschreibungsmodell. Am 15. September 2021 teilte die Bundesnetzagentur der Antragstellerin mit, dass keine durchgreifenden Bedenken gegen das geplante zweistufige Ausschreibungsdesign bestünden. Mit Schreiben vom 21. September 2021 nahm die Antragstellerin noch einmal zu den von der Bundesnetzagentur vorgebrachten Punkten Stellung und erläuterte, ob und wie sie diese umsetzen werde.

Erste Ausschreibung – Technik der Netzbooster-Pilotanlage

Am 29. September 2021 wurde das Ausschreibungsverfahren mit Titel „RFQ Pilotprojekt Netzbooster“ zur Vergabe der Netzbooster-Pilotanlage auf der europäischen Vergabepattform TED – tenders electronic daily veröffentlicht.

Nach fristgerechter und formeller Interessensbekundung wurden nach Auskunft der Antragstellerin 25 möglichen Bietern die Ausschreibungsunterlagen zugesandt. Sieben Bieter bewarben sich bis Fristende am 21. Februar 2022 mit Erstellung eines Richtpreis- bzw. Erstangebots formell auf die Ausschreibung. Eine erste Auswertung der Gebote erfolgte im Zeitraum ab Fristende bis Ende April 2022. An Geländebegehungen bei Vorortterminen in Kupferzell als Errichtungs- und Netzanschlussort der Netzbooster-Pilotanlage nahmen fünf Bieter teil.

Am 29. April 2022 fand zwischen der Antragstellerin und der Bundesnetzagentur ein Termin statt, in dem die Antragstellerin vom Stand der Ausschreibung berichtete. Anschließend übersendete sie der Bundesnetzagentur am 2. Mai 2022 die Präsentation und erläuterte noch einmal einzelne Punkte. Dabei ging es insbesondere darum, dass es ein Wunsch der Bieter der ersten Ausschreibung war, dass keine Wettbewerber den Zuschlag bei der zweiten Ausschreibung erhalten können sollten. Ein weiterer Wunsch war es, die Bonitätskriterien für Bieter der zweiten Ausschreibung so zu gestalten, dass ein an die Stelle der Antragstellerin tretender Dritter eine vergleichbare Bonität wie die Antragstellerin vorweisen könne. Die Bundesnetzagentur fragte bei der Antragstellerin hierzu mit E-Mail vom 13. Mai 2022 unter anderem dazu nach, wie der Begriff des Wettbewerbers in diesem Zusammenhang definiert werde.

Diese Fragen beantwortete die Antragstellerin mit E-Mail vom 18. Mai 2022. Wettbewerber sei jede natürliche oder juristische Person (mit Ausnahme des Bieters oder seinen verbundenen Unternehmen gem. §§ 15 ff. AktG sowie des AG), die sich mit dem Entwurf, der Entwicklung, der Herstellung, dem Verkauf, der Errichtung, der Inbetriebnahme, der Überwachung, der Wartung und/oder der Instandhaltung an solchen wie der vertragsgegenständlichen Anlage und/oder der Entwicklung und dem Einsatz von Softwarelösungen im Zusammenhang mit dem Betrieb und der Nutzung solcher Anlagen befasse. Die Antragstellerin erläuterte zudem, die geplante Behandlung der Kosten des Leasings in der Bilanz bzw. der Gewinn- und Verlustrechnung.

Am 19. Mai 2022 fand hierzu sowie zu den Themen bilanzielle Abbildung bei der Antragstellerin, Preissteigerungsformel und Preisobergrenze noch ein gemeinsamer Termin statt. Ein weiterer Termin folgte am 10. Juni 2022. Die Bundesnetzagentur erläuterte unter anderem, warum eine Beschränkung des Bieterkreises in der zweiten Ausschreibung aus ihrer Sicht rechtlich problematisch sein könnte. Letztlich wurde auf diese Beschränkung verzichtet.

Nach zwei Verhandlungsrunden und Angebotsüberarbeitung durch die Bieter im Zeitraum von Ende April bis Mitte Juli 2022, gaben nach Auskunft der Antragstellerin zwei Bieter bis Fristende am 14. Juli 2022 Bestpreisangebote (Best and Final Offer; nachfolgend: BAFO) ab:

- Bieter I: Fluence Energy GmbH
- Bieter II: [REDACTED]

Fünf Bieter gaben bis vorgenannter Frist kein BAFO ab und zogen sich aus dem Ausschreibungsverfahren zurück.

Die eingereichten BAFOs wurden von der Antragstellerin gemäß der von ihr veröffentlichten Bewertungskriterien geprüft und bewertet (Gesamtbewertung 100 Punkte):

- Gesamtkostenbetrachtung: 40 Punkte
- Vertrag: 10 Punkte
- Technik: 40 Punkte
- Projektmanagement: 10 Punkte

Am 18. Juli 2022 übersendete die Antragstellerin die mit der voraussichtlich erfolgreichen Bieterin verhandelten Verträge mit der Bitte um Einschätzung ihrer Vereinbarkeit mit dem EnWG an die Bundesnetzagentur. Diese gab mit E-Mail vom 5. August 2022 zu den Verträgen betreffend den Netzbooster insbesondere die Rückmeldung, dass die Mindestratings, die der Vertrag für die spätere Veräußerung der Projektgesellschaft für deren Erwerber vorsah, zu hoch angesetzt bzw. deren Anforderungen nicht präzise genug formuliert waren. Am 9. August 2022 übersendete die Antragstellerin zudem eine Anlage zur Preisleitung, die mit der Bieterin ausgehandelt worden war und am 15. August 2022 Ergänzungen zu leichten Anpassungen der Verträge. Die Bundesnetzagentur gab mit Schreiben vom 24. August 2022 eine Einschätzung zu den das BESS betreffenden Verträgen ab. Sie präziserte die mit E-Mail vom 5. August 2022 geäußerten Bedenken hinsichtlich der zu diesem Zeitpunkt gestellten Anforderungen an das Mindestrating von Bietern für die zweite Ausschreibung. Die Forderung erschien ungeeignet, da potentielle Bieter auf die in der zweiten Ausschreibungsrunde ausgeschriebene Betreibergesellschaft in der Regel kein Rating der von der Antragstellerin genannten Agenturen vorweisen können. Abgesehen davon könne zu diesem Zeitpunkt nicht beurteilt werden, ob die genannte Höhe der Ratings mit den Vorgaben eines diskriminierungsfreien Verfahrens vereinbar sei. Neben diesen Ratings gebe es andere geeignete Instrumente zum Nachweis der Absicherung, die für einen Bieter einfacher zu beschaffen seien, wie etwa Bürgschaften. Der alternativ zu den genannten Ratings mögliche Nachweis „einer entsprechenden Absicherung und Finanzierung“ sollte mindestens durch Nennung geeigneter Instrumente konkretisiert werden, so dass Bieter den Nachweis mit angemessenem Aufwand erbringen könnten. Die Antragstellerin meldete hierzu am 7. September 2022 zurück, dass die Anmerkungen der Bundesnetzagentur berücksichtigt würden. Am Tag darauf teilte die Bundesnetzagentur mit, dass damit kein weiterer Rücksprachebedarf bestehe.

Auf Grundlage des von der Antragstellerin veröffentlichten Gewichtungs- und Bewertungssystems erhielt die Firma Fluence Energy GmbH am 30. September 2022 den Zuschlag zur Errichtung der Netzbooster-Pilotanlage als Generalunternehmerin.

Kommunikation zwischen der Antragstellerin und der Bundesnetzagentur vor Beginn der zweiten Ausschreibung

Ab Ende November 2022 fand zwischen der Antragstellerin und der Bundesnetzagentur schriftlicher und virtueller Austausch zu Fragen der Preis- bzw. Zinsobergrenze und den Eignungskriterien für die zweite Ausschreibung statt.

Am 30. Januar 2023 übersendete die Antragstellerin der Bundesnetzagentur vorab die Vertragsentwürfe für die zweite Ausschreibung. Hierzu gab die Bundesnetzagentur mit E-Mail vom 10. Februar 2023 eine Rückmeldung zu einzelnen Punkten. Diese wurden in einem gemeinsamen Termin am 15. Februar 2023 besprochen. Am 3. März 2023 wurden der Bundesnetzagentur von der Antragstellerin auch die Angebotsbedingungen sowie Eigenerklärungen, die von den Bietern gefordert würden, die beabsichtige RFQ-Bekanntmachung und die Zinsreihen zur Zinsobergrenze zur Verfügung gestellt. Bis auf wenige Anregungen konnte die Bundesnetzagentur mit E-Mail vom 9. März 2023 eine positive Rückmeldung abgeben. Insbesondere bestätigte sie, dass die Antragstellerin die korrekte Zinsreihe für den Fremdkapital-Zins (FK-Zins) gewählt hatte.

Zweite Ausschreibung – Finanzierungsleasing

Am 5. April 2023 wurde das Ausschreibungsverfahren mit Titel „RFQ Netzbooster Finanz Leasing“ veröffentlicht. Gegenstand der Ausschreibung war die Veräußerung aller Anteile an der Projektgesellschaft „Batteriegesellschaft Kupferzell GmbH & Co. KG“ und ihrer Komplementärin, inklusive aller Projektverträge für das BESS (Errichtungs-, Wartungs- und Instandhaltungsvertrag) und des Leasingvertrages mit der Verpflichtung, der Antragstellerin die Nutzung des BESS für die bestimmungsgemäßen Nutzungszwecke zu ermöglichen, veröffentlicht. Die Bekanntmachung erfolgte wieder auf der europäischen Vergabeplattform TED – tenders electronic daily.

Bis Fristende eingereichte Gebote möglicher Bieter wären gemäß den veröffentlichten Bewertungskriterien und der jeweiligen Gewichtung durch die TransnetBW GmbH bewertet worden:

- Leasingzinssatz: 80%
- Vertrag: 20%, davon:
- Leasingvertrag: 70%
- Kauf- und Abtretungsvertrag (SPA): 20%
- Vertragsübernahmevertrag: 10%

Die Zuschlagserteilung im Ausschreibungsverfahren sollte bis 30. Juli 2023 erfolgen.

Der Bekanntmachung waren nach Auskunft der Antragstellerin seit Mitte März 2023 Vorgespräche mit drei möglichen Bietern vorausgegangen. Insgesamt drei Parteien – zwei der Parteien aus den Vorgesprächen und eine neue Partei – äußerten nach Bekanntmachung der Ausschreibung am 5.

April 2023 grundsätzliches Interesse. Eine Partei unterzeichnete eine Geheimhaltungsvereinbarung (nachfolgend: NDA), woraufhin ihr die Ausschreibungsunterlagen zugesandt wurden.

Bis zum Fristablauf zur Einreichung des formellen Teilnahmeantrags am 30. April 2023, 12:00 Uhr bekundete kein Marktteilnehmer formell Interesse, um in Verhandlungen über die im Vergabeverfahren ausgeschriebenen Verträge und Leistungen zu treten. Das Ausschreibungsverfahren wurde daraufhin vorzeitig auf der Vergabepattform geschlossen.

Antrag auf Genehmigung von Eigentum, Errichtung, Verwaltung und Betrieb des BESS vom 15. Juni 2023

Mit Schreiben vom 15. Juni 2023 beantragte die Antragstellerin die Genehmigung durch die Bundesnetzagentur, das BESS der Netzbooster-Pilotanlage gemäß § 11b Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 2 Nr. 1 sowie Nr. 2 lit. a) EnWG im Eigentum der TransnetBW GmbH zu haben, zu errichten, zu verwalten und zu betreiben. Mit dem selben Schreiben gab sie folgende Eigenerklärungen ab:

- Die Bestätigung, dass die Netzbooster-Pilotanlage im Sinne des übermittelten technischen Konzepts und entsprechend ihrer bestimmungsgemäßen Nutzung nach dem Netzentwicklungsplan 2035 (2021) dazu dient, den Verpflichtungen nach § 11 Abs. 1 S. 1 EnWG in effizienter Weise nachzukommen.
- Die Bestätigung, dass gemäß § 11b Abs. 2 Nr. 1 lit. b) EnWG das BESS nicht dazu verwendet wird, um Leistung oder Arbeit ganz oder auch nur teilweise auf den Strommärkten zu kaufen oder zu verkaufen. Das BESS steht insofern ausschließlich dem Netzbetrieb zur Verfügung und wird damit grundsätzlich nicht für den Strommarkt bzw. Stromhandel Verwendung finden.

Die Antragstellerin wies jedoch ausdrücklich darauf hin, dass aus ihrer Sicht die zur Nutzung der Netzbooster-Pilotanlage notwendigen sowie technisch bedingten Ladungen und Entladungen des BESS (nicht zuletzt aufgrund von Inbetriebnahme-Fahrten, Funktionstests, Testfahrten und Probeabrufen) hiervon ausgenommen seien, dienten sie doch gerade der (Wieder-)Herstellung, Vorhaltung und Überprüfung der Betriebsbereitschaft der Netzbooster-Pilotanlage, um eine ordnungsgemäße Nutzung i.S.d. vorgesehenen Verwendung nach dem Netzentwicklungsplan 2035 (2021) zu gewährleisten. Unzweifelhaft sei mit einer solchen (Wieder-)Herstellung bspw. auch der Kauf von Strom auf dem Strommarkt verbunden. Dieser Kauf zur (Wieder-)Herstellung der Betriebsbereitschaft stelle jedoch keine Verwendung der Netzbooster-Pilotanlage i.S.d. § 11b Abs. 2 Nr. 1 lit. b) EnWG bzw. Art. 54 Abs. 2 lit. b) der Elektrizitäts-Binnenmarkt-Richtlinie (EU) 2019/944 dar.

Der Stromkauf sei lediglich notwendige Voraussetzung für den beabsichtigten Gebrauch des BESS und damit der Netzbooster-Pilotanlage. Gleiches gelte für technisch notwendige Erhaltungsladungen. Ein über diese Selbsterklärung hinausgehender Nachweis, dass das BESS ausschließlich zweckgemäß genutzt wird, sei vor der Inbetriebnahme der Netzbooster-Pilotanlage faktisch nicht möglich.

Die Einleitung des Genehmigungsverfahrens wurde am 28. Juni 2023 auf der Internetseite und im Amtsblatt der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Mit E-Mail vom 29. Juni 2023 wurde die Landesregulierungsbehörde für das Land Baden-Württemberg über die Verfahrenseinleitung informiert.

Mit E-Mail vom 30. Juni 2023 forderte die Bundesnetzagentur die Antragstellerin auf, die final zur Verhandlung gestellten Verträge und Angebotsbedingungen zu übersenden. Dem kam die Antragstellerin am 7. Juli 2023 nach.

Der zuständigen Landesregulierungsbehörde des Landes Baden-Württemberg sowie dem Bundeskartellamt wurde am 02. August 2023 nach § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Beide Behörden verzichteten auf eine Stellungnahme.

Mit E-Mail vom 18. August 2023 wurde die Antragstellerin zur beabsichtigten Entscheidung der Bundesnetzagentur angehört. Die Antragstellerin gab keine Stellungnahme ab.

Bezüglich der Einzelheiten des Sachverhalts wird ergänzend auf die Verfahrensakte verwiesen.

II. Rechtliche Würdigung

Die Genehmigung beruht auf § 11b Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 2 EnWG.

Die Bundesnetzagentur ist nach §§ 54 Abs. 1 Hs. 1 i.V.m. § 11b Abs. 1 Nr. 1 EnWG dafür zuständig, Betreibern von Elektrizitätsversorgungsnetzen das Eigentum an Energiespeicheranlagen sowie deren Errichtung, Verwaltung und Betrieb auf Antrag zu genehmigen. Die Genehmigungsentscheidung muss nach § 59 Abs. 1 S. 2 Nr. 25 EnWG nicht von einer Beschlusskammer getroffen werden.

Die Genehmigungsvoraussetzungen nach § 11b Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 2 EnWG sind erfüllt. Die Genehmigung für das Eigentum der Antragstellerin am BESS des Netzbooster Pilotprojekts sowie deren Errichtung, Verwaltung und Betrieb durch die Antragstellerin ist zu erteilen.

A. Formelle Voraussetzungen

Formelle Anforderungen an die Antragstellerin, die über das Antragserfordernis hinausgehen, sieht das Genehmigungsverfahren nach § 11b Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 2 EnWG nicht vor. Insbesondere hat die Bundesnetzagentur keine Festlegung nach § 11b Abs. 5 EnWG zur näheren Ausgestaltung des Genehmigungsverfahrens getroffen.

Nach § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG gibt die Bundesnetzagentur dem Bundeskartellamt und den Landesregulierungsbehörden, in deren Bundesländern die ÜNB ihre Sitze haben, rechtzeitig vor Abschluss des Verfahrens Gelegenheit zur Stellungnahme, sofern sie eine Entscheidung nach den Bestimmungen des Teils 3 des EnWG trifft.

Der zuständigen Landesregulierungsbehörde des Landes Baden-Württemberg sowie dem Bundeskartellamt wurde nach § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

B. Materielle Voraussetzungen

Die Genehmigung ist nach § 11b Abs. 2 EnWG zu erteilen.

Auch die materiellen Voraussetzungen, um der Antragstellerin die begehrte Genehmigung zu erteilen, sind erfüllt.

Beim BESS handelt es sich um eine Energiespeicheranlage i.S.d. § 11b Abs. 1 Nr. 1 EnWG, an der die Antragstellerin als ÜNB nur dann Eigentum haben, diese errichten, verwalten und betreiben darf, wenn die Bundesnetzagentur dies auf Antrag der Antragstellerin genehmigt.

Die Genehmigungsvoraussetzungen werden in § 11b Abs. 2 EnWG bestimmt. Danach erteilt die Bundesnetzagentur die beantragte Genehmigung, wenn die Nachweise nach § 11b Abs. 2 Nr. 1 EnWG erbracht wurden (hierzu unter I.) und die Voraussetzungen nach § 11b Abs. 2 Nr. 2 EnWG erfüllt sind (hierzu unter II.).

I. Voraussetzungen § 11b Abs. 2 Nr. 1 EnWG - Nachweise

Nach § 11b Abs. 2 Nr. 1 EnWG muss zum einen der Nachweis erbracht werden, dass die Energiespeicheranlage notwendig ist, um die Verpflichtung nach § 11 Abs. 1 S. 1 EnWG in effizienter Weise zu erfüllen (hierzu unter 1.). Zum anderen muss der Nachweis erbracht werden, dass die Energiespeicheranlage neben der bestimmungsgemäßen Nutzung keine Verwendung findet, um Leistung oder Arbeit ganz oder teilweise auf den Strommärkten zu kaufen oder zu verkaufen (hierzu unter 2.).

Diese Nachweise wurden vorliegend erbracht.

1. Nachweis der Notwendigkeit der Energiespeicheranlage zur Erfüllung der Verpflichtung nach § 11 Abs. 1 S. 1 EnWG in effizienter Weise

Grundsätzlich muss nach § 11b Abs. 2 Nr. 1 lit a) EnWG die Antragstellerin den Nachweis erbringen, dass die von ihr ausgeschriebenen Speicherkomponenten der Netzbooster-Pilotanlage notwendig sind, damit sie ihre Verpflichtung nach § 11 Abs. 1 S. 1 EnWG in effizienter Weise erfüllen kann.

Diese Anforderung entspricht der Voraussetzung, die auch nach § 11a Abs. 1 EnWG zu erfüllen ist.

Die Ausschreibung einer Energiespeicheranlage soll nur erfolgen, wenn ein langfristiger Bedarf für dieses zusätzliche Betriebsmittel besteht, wie dies auch für klassische Netzbetriebsmittel gilt.

Vorliegend konnte die Bundesnetzagentur davon absehen, diesbezüglich eigene Nachweise von der Antragstellerin zu fordern. Denn der Nachweis der Notwendigkeit der Speicherkomponenten der Netzbooster-Pilotanlagen bzw. ihrer Bedarfsgerechtigkeit im Sinne des § 11 Abs. 1 S. 1 EnWG ist schon dadurch erbracht, dass die Bundesnetzagentur das gegenständliche Netzbooster-Pilotprojekt

bereits im NEP 2019-2030 und zuletzt im NEP 2021-2035 auf eben diese Bedarfsgerechtigkeit hin geprüft und bestätigt hat. Die Antragstellerin hat dies zusätzlich in ihrem Antragsschreiben bestätigt. Die Anlage diene der Erprobung und Umsetzung der Einbindung neuer, kurativer Netzbetriebsführungstechniken in die Leitsysteme der Antragstellerin. Sie ermögliche es der Antragstellerin, bestehende Leistungen höher auszulasten, schnell auf Störungen im Übertragungsnetz zu reagieren und den durch eine Störung verursachten Überlastungen entgegenzuwirken.

2. Nachweis, dass neben der bestimmungsgemäßen Nutzung keine Verwendung erfolgt, um Leistung oder Arbeit ganz oder teilweise auf Strommärkten zu kaufen oder zu verkaufen

Nach § 11b Abs. 2 Nr. 1li b) EnWG muss der ÜNB nachweisen, dass die Energiespeicheranlage neben der bestimmungsgemäßen Nutzung um den Verpflichtungen nach § 11 Abs. 1 S. 1 EnWG in effizienter Weise nachzukommen, nicht verwendet wird, um Leistung oder Arbeit auf dem Strommarkt (umfasst auch den Handel mit Regelernergie und Systemdienstleistungen) zu kaufen oder zu verkaufen.

Der Nachweis darüber, dass eine Energiespeicheranlage ausschließlich zweckgemäß genutzt wird, ist vor der Inbetriebnahme der Anlage faktisch nicht möglich. Dies kann nach dem Sinn und Zweck des Genehmigungsverfahrens aber nicht zu einer Versagung der Genehmigung führen. Stattdessen reicht es bis auf Weiteres aus, dass die Antragstellerin mit der Selbsterklärung vom 14. Juni 2023 gegenüber der Bundesnetzagentur versichert hat, dass die von ihr ausgeschriebenen Energiespeicheranlagen (Batteriespeicherkomponenten der Netzbooster-Pilotanlage) nicht verwendet werden, um Leistung oder Arbeit auf den Strommärkten zu kaufen oder zu verkaufen.

Dabei ist unproblematisch, dass die Antragstellerin explizit darauf hinweist, dass aus ihrer Sicht die zur Nutzung der Netzbooster-Anlage notwendigen sowie technisch bedingten Ladungen und Entladungen des BESS (nicht zuletzt aufgrund von Inbetriebnahme-Fahrten, Funktionstests, Testfahrten und Probeabrufen) hiervon ausgenommen sind. Sie dienten gerade der (Wieder-)Herstellung, Vorhaltung und Überprüfung der Betriebsbereitschaft der Netzbooster-Pilotanlage, um eine ordnungsgemäße Nutzung i.S.d. vorgesehenen Verwendung nach dem Netzentwicklungsplan zu gewährleisten. Wie die Antragstellerin zutreffend hierzu ausführt, ist mit einer solchen Ladung bzw. (Wieder-)Herstellung der Betriebsbereitschaft notwendigerweise auch der Kauf von Strom verbunden. Dieser Kauf von Strom stellt aber keine unzulässige Verwendung des BESS dar. Denn der Stromkauf ist – wie auch die Antragstellerin richtig erkennt – lediglich notwendige Voraussetzung für den bestimmungsgemäßen Gebrauch der Anlage und keine Verwendung der Anlage „um“ Strom zu kaufen oder zu verkaufen.

Sollte sich die Antragstellerin nicht an diese Selbsterklärung halten, wäre die Voraussetzung des § 11b Abs. 2 Nr. 1li b) EnWG nicht mehr erfüllt. Diesen Umständen trägt der Widerrufsvorbehalt in Ziffer 2 des Tenors Rechnung.

II. Voraussetzungen § 11b Abs. 2 Nr. 2 EnWG – Prüfung Ausschreibungsverfahren

Auch die Voraussetzungen nach § 11b Abs. 2 Nr. 2 EnWG sind erfüllt. Danach muss der Betreiber eines Elektrizitätsversorgungsnetzes ein offenes, transparentes und diskriminierungsfreies Ausschreibungsverfahren nach § 11a EnWG durchgeführt haben (hierzu unter 1.), dessen Bedingungen die Regulierungsbehörde im Hinblick auf das technische Einsatzkonzept der Energiespeicheranlage im Sinne von Absatz 1 geprüft hat (hierzu unter 2.). Außerdem darf es nicht möglich gewesen sein, den Zuschlag nach § 11a Abs. 1 zur Errichtung, zur Verwaltung oder zum Betrieb der Energiespeicheranlage im Sinne von Absatz 1 nicht an einen Dritten zu erteilen bzw. muss sich nach Erteilung des Zuschlags an einen Dritten herausgestellt haben, dass dieser die mit der Energiespeicheranlage im Sinne von Absatz 1 angebotene Dienstleistung nicht oder nicht rechtzeitig erbringen kann (hierzu unter 3.).

1. § 11b Abs. 2 Nr. 2 Hs. 1 EnWG – Offenes, transparentes und diskriminierungsfreies Ausschreibungsverfahren nach § 11a EnWG

Nach § 11b Abs. 2 Nr. 2 HS. 1 EnWG ist Voraussetzung für die beantragte Genehmigung, dass die Antragstellerin ein offenes, transparentes und diskriminierungsfreies Ausschreibungsverfahren nach § 11a EnWG durchgeführt hat. Der Wortlaut der Norm begrenzt den Prüfauftrag der Bundesnetzagentur. Diese prüft im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nicht, ob die Ausschreibung insgesamt nach Vergaberecht rechtmäßig ist. Das Gesetz sieht vor, dass das Bundeskartellamt vor Erlass der abschließenden Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme erhält. Eine Überprüfung der Ausschreibung durch Vergabekammern bleibt möglich.

Die Genehmigung wird von der Bundesnetzagentur aber nur erteilt, wenn für sie keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass das Ausschreibungsverfahren nicht offen, transparent und diskriminierungsfrei im Sinne des EnWG durchgeführt wurde. Dabei ist ein Verfahren dann offen, wenn der mögliche Bieterkreis nicht von vornherein beschränkt wird. Auch ein Ausschreibungsdesign, dass ein Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb vorsieht, kann offen im Sinne des EnWG sein. Transparent ist das Ausschreibungsverfahren, wenn jeder interessierte Teilnehmer die Einleitung des Ausschreibungsverfahrens, dessen Teilnahmevoraussetzungen und Zuschlagskriterien sowie dessen Ablauf nachvollziehen kann. Diskriminierungsfreiheit des Ausschreibungsverfahrens ist dann gewährleistet, wenn die Teilnehmer gleich bzw. nicht ohne sachlichen Grund ungleich behandelt werden und die Zuschlagsentscheidung aufgrund sachlicher Kriterien getroffen wird.

Die Bundesnetzagentur hat im Rahmen des Genehmigungsverfahrens keine Anhaltspunkte dafür gesehen, dass das hier aus zwei Ausschreibungen bestehende Ausschreibungsverfahren nicht den Anforderungen an ein offenes, transparentes und diskriminierungsfreies Ausschreibungsverfahren entspricht. Dies gilt sowohl für die Ausschreibungsbedingungen (hierzu unter a)) als auch für den Ablauf der Ausschreibungen (hierzu unter b)).

a) Ausschreibungsbedingungen

Die Bundesnetzagentur hat die Ausschreibungsbedingungen beider Ausschreibungen insbesondere mit Blick auf das gewählte Design (hierzu unter aa)), die ausgeschriebene Technik (hierzu unter bb)), die von den Bietern geforderten Mindestanforderungen (hierzu unter cc), die Ermittlung der Preisobergrenzen (hierzu unter dd)) und der Ermittlung der Shortlist (hierzu unter ee)) untersucht. Im Ergebnis konnte die Bundesnetzagentur keine Anhaltspunkte dafür identifizieren, die gegen ein offenes, transparentes und diskriminierungsfreies Ausschreibungsverfahren sprechen.

aa) Zweistufiges Ausschreibungsdesign

Das zweistufige Ausschreibungsdesign der Antragstellerin genügt den Anforderungen an ein offenes, transparentes und diskriminierungsfreies Ausschreibungsverfahren. Als möglicher Vorteil dieses Ausschreibungsmodells hatte die Antragstellerin vorgetragen, dass dieses mehr Wettbewerb entstehen lassen könnte. Die Trennung der Aspekte Technik und Finanzierung könne dazu führen, dass Technikhersteller nicht durch für sie fremde Leasingregelungen abgeschreckt würden. Finanzierer müssten sich nicht auf technische Fragen einlassen. Zwar hat sich auf der zweiten Stufe kein Bieter gefunden, dies führt aber nicht zu dem Schluss, dass das Ausschreibungsdesign den Anforderungen des EnWG nicht genügt. Das Scheitern des Markttests ist ein gesetzlich mögliches Ergebnis des Ausschreibungserfordernisses.

(1) Um das Transparenzgebot einzuhalten war es erforderlich, dass die Antragstellerin im Rahmen der ersten Ausschreibung offenlegt, dass es sich um ein zweistufiges Ausschreibungsdesign handelt. Dies ist für die Bieter der ersten Ausschreibung vor allem deshalb von Bedeutung, weil eine erfolgreiche zweite Ausschreibung dazu führt, dass sich der Vertragspartner eines erfolgreichen Bieters der ersten Ausschreibung ändert. Die Antragstellerin hat diese Besonderheit auf Hinweis der Bundesnetzagentur in den Vertragsentwürfen, die sie potentiellen Bietern zur Verfügung stellte, offengelegt, indem sie folgenden Satz in die jeweilige Präambel der Verträge aufnahm:

„Es ist angedacht, dass der Projektvertrag über die Errichtung des BESS später an eine andere Gesellschaft übertragen wird, so dass der AN dann nicht mehr für beide Projektverträge den gleichen Auftraggeber hat. Die Anteile an dieser Gesellschaft würden dann im Rahmen eines zweiten EU-Vergabeverfahrens an einen das BESS betreibenden Leasinggeber veräußert und TransnetBW würde das BESS nach seiner Errichtung als Leasingnehmer nutzen.“

Damit konnten potentielle Bieter der ersten Ausschreibung erkennen, dass es eine zweite Ausschreibung geben würde und daher das Risiko bestand, dass sich der Vertragspartner ohne Einflussmöglichkeit ihrerseits ändern könnte.

(2) Um sicherzustellen, dass die entflechtungsrechtlichen Vorgaben eingehalten würden, war auf der ersten Stufe der Ausschreibung eine besondere Ausgestaltung der Verträge erforderlich. Diese durften nur unter dem Vorbehalt geschlossen werden, dass die Projektgesellschaft nach der zweiten Ausschreibung an den Dritten übergeht bzw. die Bundesnetzagentur diese Genehmigung erteilt. Dem wird die Antragstellerin dadurch gerecht, dass im Errichtungsvertrag des BESS das Fehlen der Genehmigungsvoraussetzungen nach § 11b Abs. 1 Nr. 1 EnWG einen wichtigen Grund zur fristlosen Kündigung durch die Antragstellerin darstellt. Die Antragstellerin hat zudem in ihrem Schreiben vom 15. Juli 2021 klargestellt, dass der Baubeginn auf einen Zeitpunkt nach Beendigung der zweiten Ausschreibung gelegt werden würde. Damit war sichergestellt, dass die Antragstellerin nicht ohne die erforderliche Genehmigung selbst entflechtungsrechtlich verbotene Tätigkeiten ausübt bzw. gesetzlich Eigentum am Energiespeicher erwirbt.

(3) Während der Verhandlungsphase der ersten Ausschreibung trat die Antragstellerin an die Bundesnetzagentur heran, um zu diskutieren, inwieweit der Teilnehmerkreis für die zweite Ausschreibung beschränkt werden könnte. Hintergrund waren Bedenken der potentiellen Bieter der ersten Ausschreibung, dass einer ihrer Wettbewerber im Rahmen der zweiten Ausschreibung den Zuschlag erhalten könnte. Nach Auffassung der Bundesnetzagentur ist eine solche Beschränkung nicht mit einem offenen und diskriminierungsfreien Ausschreibungsverfahren vereinbar. Das Risiko, nach der zweiten Ausschreibung an einen „unerwünschten“ Vertragspartner ist dem zweistufigen Ausschreibungsdesign immanent. Daher war hier – wie oben ausgeführt – eine entsprechende Transparenz besonders wichtig. Die Antragstellerin hat in der Folge den Bietern mitgeteilt, dass eine Beschränkung nicht möglich ist und den Bieterkreis bei der zweiten Ausschreibung insoweit offen gelassen.

(4) Im Rahmen der EnWG-Novelle wurde 2021 eine Regelung in § 11a Abs. 2 EnWG aufgenommen, die dem Dritten den sog. dual use einer Energiespeicheranlage erlauben soll: Demnach kann ein Dritter die Anlage auch so planen und errichten, dass deren Leistungsfähigkeit die durch den ÜNB gesetzten Anforderungen übertrifft. Erhält der Dritte den Zuschlag, darf er den Energiespeicher in diesem Umfang auch kommerziell einsetzen. Die Möglichkeit zum dual use darf nicht durch das gewählte Ausschreibungsdesign faktisch verhindert werden.

Auf Grund der geplanten zwei Ausschreibungen ergibt sich vorliegend die Besonderheit, dass die Bieter der ersten Stufe (reine Technik-Ausschreibung) nicht wissen, wer nach der zweiten Stufe (Ausschreibung des Betriebes) die Anlage betreiben wird. Ein dual use-Interessent als Bieter der ersten Ausschreibung hätte somit das finanzielle Risiko, dass eine größer dimensionierte Anlage der ersten Stufe im Rahmen der zweiten Stufe nicht vollständig amortisiert wird. Findet sich kein Bieter auf der zweiten Stufe, greifen die Entflechtungsvorschriften des EnWG, die es dem ÜNB verbieten, eine mögliche Überdimensionierung der Anlage für kommerzielle Zwecke zu nutzen. Ein Bieter würde in diesem Szenario auf der restlichen Anlage „sitzen bleiben“, falls er auf der ersten Stufe ein Angebot einreicht, das zu Zwecken des dual use kalkuliert wurde.

Es wurden daher die beiden Ausschreibungsstufen in Bezug auf den möglichen Bieterkreis sowie auf mögliches Bieterverhalten im Detail spieltheoretisch untersucht. Die Analyse zeigte, dass der dual use durch die Zweistufigkeit des Designs erschwert wird und sich die Angebotspreise eines an dual use interessierten Bieters verteuern, jedoch der dual use per se ökonomisch nicht ausgeschlossen ist. Ein dual use-Bieter kann schon auf der ersten Stufe einen Teil seiner Skaleneffekte in sein Gebot einpreisen.

bb) Anforderungen der Antragstellerin an die Technik

(1) Die Antragstellerin hat sich dafür entschieden, die zu errichtende Gesamtanlage (Netzbooster und BESS) ausschließlich auf LFP-Basis, d.h. Batterien mit Lithium-Ionen Technologie, insbesondere Lithium-Eisenphosphat auszuschreiben.

Eine Begrenzung auf bestimmte Technologien kann grundsätzlich diskriminierend wirken. Die Antragstellerin hat dazu nachvollziehbar dargelegt, dass sie diese Entscheidung unter Einbindung einer fundierten Technologiebewertung externer Fachexperten aus Gründen der Technik und Sicherheit getroffen hat. Insbesondere ließen sich Aspekte des Brand- und Umweltschutzes (weder Nickel noch Kobalt erforderlich), der Nachhaltigkeit und der längeren Lebensdauer von LFP-Batterien für diese Technologievariante anführen.

Da die Begrenzung der Ausschreibung auf Angebote ausschließlich auf Basis von LFP-Technologie daher sachlich begründet war, wird dadurch der Grundsatz der Diskriminierungsfreiheit nicht verletzt.

(2) Ebenfalls sachlich begründet war die Anforderung der Antragstellerin, dass sie das Be- und Entladen des BESS selbst erbringen müsse. Die Bundesnetzagentur konnte der Argumentation der Antragstellerin folgen, dass einerseits im Fehlerfall der Netzbooster automatisiert innerhalb von in ca. 0,1 Sekunden auslösen und Energie aus dem Batteriespeicher zur Stabilisierung ins Netz einspeisen muss und andererseits das anschließende schnelle Wiederaufladen des BESS sicherzustellen ist, ohne das Netz zusätzlich zu belasten. Es ist nachvollziehbar, dass einem Dritten hierfür nicht ausreichend Daten zur Verfügung stehen können.

cc) Anforderungen an die Teilnehmer der Ausschreibungen

(1) Nach den Angebotsbedingungen für die erste Ausschreibungsrunde waren für die Ausschreibung der Technik nur Bieter mit einem Mindestumsatz von 50 Mio. Euro pro Jahr der letzten drei Jahre zugelassen. Weiterhin sollten Bieter mindestens zwei vergleichbare Referenzprojekte über Batteriespeicher mit mind. 5 MW nachweisen. Die Bundesnetzagentur hielt diese Anforderungen zunächst für möglicherweise problematisch mit Blick auf die erforderliche Offenheit der Ausschreibung. Die Bedenken konnten aber seitens der Antragstellerin ausgeräumt werden. Sie konnte darlegen, dass

für ein solches Pilotprojekt dieses Umfangs Mindestanforderungen an Erfahrung und Umsatz erforderlich sind.

(2) Für die zweite Ausschreibung wurden als Teilnahmevoraussetzung hinsichtlich der Ratings Mindestanforderungen an die potentiellen Teilnehmer gestellt (Mindestrating von Baa1 (Moody's) oder BBB+ (Standard & Poors, Fitch) oder Nachweis einer entsprechenden Absicherung oder Finanzierung). Auf Anregung der Bundesnetzagentur passte die Antragstellerin die Anforderungen an und ergänzte, dass ein Bieter der zweiten Ausschreibung seine Bonität nicht nur über die genannten Mindestratings oder eine entsprechende Absicherung oder Finanzierung nachweisen kann, sondern auch beispielsweise über Bürgschaften. Dies sollte eine unnötige Beschränkung des möglichen Teilnehmerkreises der zweiten Ausschreibung verhindern.

Auf eine Beschränkung des möglichen Bieterkreises dahingehend, dass keine Wettbewerber der Bieter der Technikausschreibung teilnehmen dürften, wurde verzichtet.

dd) Ermittlung der Preisobergrenzen

Die jeweils mit der Ausschreibung veröffentlichten Preisobergrenzen wurden vorab mit der Bundesnetzagentur abgestimmt und von dieser nachvollzogen:

(1) Ausschreibung Technik

Die Preisobergrenzen stellten die für die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Netzentwicklungsplan zugrunde gelegten Werte dar.

(2) Ausschreibung Finance-Lease

Es wurde nach Abstimmung mit der Bundesnetzagentur ein Zinssatz von 4,65% festgesetzt. Dieser Zinssatz ergibt sich unter Berücksichtigung des EK-Zinssatzes für regulierte Stromnetzbetreiber von 5,07% (aktuelle Festlegung Bundesnetzagentur) und einer angemessenen Verzinsung des Fremdkapitals.

ee) Reduzierung des Bieterfelds über Shortlists gemäß Angebotsbedingungen

Die Angebotsbedingungen der Antragstellerin sahen für beide Ausschreibungen vor, dass von den Bietern, die form- und fristgerecht ein Erstangebot abgegeben haben sowie die formalen und inhaltlichen Mindestanforderungen erfüllen, nur eine maximale Anzahl von Bietern zu Anbieterworkshops/Verhandlungen eingeladen werden sollten. Die so ermittelten Bieter sollten jeweils die sogenannte „Shortlist“ bilden.

(1) Die Sichtung der Angebotsbedingungen für die erste Ausschreibung ergab, dass die Regelung „Von den Bietern, die form- und fristgerecht ein Erstangebot abgegeben haben sowie die formalen und inhaltlichen Mindestanforderungen erfüllen, wird der AG maximal die 4 besten Bieter zu Anbieterworkshops/Verhandlungen einladen.“ nicht eindeutig war. Es hätte sich die Frage gestellt, nach

welchen Kriterien sich die Anzahl der Bieter auf der Shortlist bestimmt. Aus dem zitierten Satz wurde daher von der Antragstellerin das Wort „maximal“ daher gestrichen. Dadurch wurde die notwendige Klarheit der Regelung hergestellt.

(2) Auch bei den Angebotsbedingungen für die zweite Ausschreibungsrunde hatte die Bundesnetzagentur Anmerkungen. Die Formulierung, dass auf den viert- und/oder fünftplatzierten Bieter für die Shortlist verzichtet werden könne, wenn der Punkteabstand zum nächsthöherplatzierten Bieter signifikant groß sei, lasse Spielraum zur Auslegung. Was in diesem Kontext „signifikant“ ist, hätte unterschiedlich beurteilt werden können. Die Antragstellerin entschied sich dafür, den Passus unverändert beizubehalten. Dies begründete sie damit, dass der Auslegungsspielraum gewünscht und erforderlich sei. Es handele sich um keine alltägliche Beschaffung, sondern um "Neuland". Es habe nicht vorab anhand von Erfahrungswerten beschrieben werden können, welche Schwelle für die "Signifikanz" erreicht werden müsse. Wenn z.B. alle Bieter sehr nah an der Zinsobergrenze lägen, dann könnten schon kleinere Abweichungen ausreichend sein. Dies lasse sich erst nach Betrachtung der Angebote einschätzen. Dass die Antragstellerin sich dafür entschieden hat, an dem Passus festzuhalten, ist für die Bundesnetzagentur in diesem Fall nachvollziehbar. Die Beibehaltung führt nicht dazu, dass das Ausschreibungsverfahren im Ergebnis nicht offen, transparent und diskriminierungsfrei war. Letztlich kam der Passus auch nicht zur Anwendung, weil die Ausschreibung vorzeitig auf der Vergabeplattform geschlossen worden war.

b) Ablauf des Ausschreibungsverfahrens

Die Antragstellerin hat der Bundesnetzagentur Unterlagen vorgelegt, die den Ablauf der Ausschreibungsverfahren nachvollziehen lassen. Diese lassen keine Rückschlüsse darauf zu, dass die beiden Ausschreibungsverfahren nicht offen, transparent und diskriminierungsfrei abgelaufen sind. In beiden Ausschreibungen hatte die Antragstellerin mit Bekanntmachung der Ausschreibungsunterlagen auf der Vergabeplattform TED – tenders electronic daily auch die Teilnahmebedingungen und Bewertungskriterien transparent offengelegt. Die Antragstellerin hat in keinem der beiden Verfahren Bieter von den Ausschreibungen ausgeschlossen.

Ein Zuschlag wurde nur in der ersten Ausschreibung (Ausschreibung der Technik) erteilt. Anhaltspunkte dafür, dass die Antragstellerin bei der Bewertung der beiden BAFOs der Technik-Ausschreibung die Bewertungskriterien nicht ordnungsgemäß angewendet haben könnte, liegen nicht vor. Im Übrigen dürfte es sich hierbei um eine vergaberechtliche Bewertung handeln, die nicht vertieft von der Bundesnetzagentur zu überprüfen ist.

Im Rahmen der zweiten Ausschreibung hatte kein Marktteilnehmer innerhalb der Frist einen Teilnahmeantrag gestellt. Es ist daher nachvollziehbar, dass die Antragstellerin das Ausschreibungsverfahren vorzeitig auf der Vergabeplattform schloss.

2. Bedingungen wurden im Hinblick auf technisches Einsatzkonzept und Haftungsregelungen durch Bundesnetzagentur geprüft

Die Bundesnetzagentur prüft nach § 11b Abs. 2 Nr. 2 HS. 2 EnWG neben der grundsätzlichen Offenheit, Transparenz und Diskriminierungsfreiheit des Ausschreibungsverfahrens (vorab) insbesondere die Ausschreibungsbedingungen mit Blick auf das technische Einsatzkonzept. Aus der Begründung zum Gesetzesentwurf folgt, dass die Bundesnetzagentur darüber hinaus auch die mit dem technischen Einsatzkonzept verbundenen Haftungsregelungen überprüft:

„Der Netzbetreiber hat seine Ausschreibungsbedingungen im Hinblick auf das technische Einsatzkonzept der Anlage sowie die hiermit verbundenen Haftungsregelungen vorab durch die Regulierungsbehörde auf ihre Offenheit, Transparenz und Diskriminierungsfreiheit hin überprüfen zu lassen.“ (vgl. Begründung Drucksache 19/27453, S. 96)

Es findet also einerseits eine Prüfung des Ausschreibungsverfahrens und seiner Bedingungen im Allgemeinen (s.o.) und andererseits eine Prüfung im Hinblick auf das technische Einsatzkonzept (hierzu unter a)) und die Haftungsregelungen (hierzu unter b)) statt.

Die Antragstellerin hat der Bundesnetzagentur ihre Ausschreibungsbedingungen vorgelegt. Die Prüfung durch die Bundesnetzagentur ergab, dass das technische Einsatzkonzept und die Haftungsregelungen ebenfalls den Anforderungen an ein offenes, transparentes und diskriminierungsfreies Ausschreibungsverfahren genügen.

a) Technisches Einsatzkonzept

Die Antragstellerin stellte der Bundesnetzagentur das technische Einsatzkonzept für den Netzbooster in mehreren Terminen vor. Das vorgestellte Netzboosterprojekt entspricht dem im Rahmen der Bestätigung der Netzentwicklungspläne NEP 2019 – 2030 und NEP 2021 – 2035 geprüften Projekt der Antragstellerin. Daher war eine weitere Prüfung des technischen Einsatzkonzepts verzichtbar.

b) Haftungsregelungen

Der Auftrag an die Bundesnetzagentur, die Ausschreibungsbedingungen im Hinblick auf die Haftungsbedingungen auf ihre Offenheit, Transparenz und Diskriminierungsfreiheit zu überprüfen, ist nicht explizit in § 11b Abs. 2 Nr. 2 EnWG geregelt. Dieser Prüfauftrag ergibt sich aus der Begründung zum Gesetzesentwurf. Danach prüft die Bundesnetzagentur, dass der ÜNB von dem Dritten keine weitergehende Haftung verlangt, als er selbst gesetzlich auferlegt bekommen hat (vgl. BT. Drs. 19/27453, S. 96). Hintergrund dieses Prüfauftrags dürfte sein, dass verhindert werden soll, dass ein Netzbetreiber über weitreichende, prohibitiv wirkende Haftungsregelungen die Ausschreibung bewusst unattraktiv für Dritte gestaltet und so die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass kein Zuschlag erteilt werden kann.

Die Bundesnetzagentur hat daher die Haftungsregelungen der Verträge, die im Rahmen der Ausschreibung zur Verhandlung gestellt worden wären, dahingehend geprüft und konnte nicht feststellen, dass die Antragstellerin von einem Dritten eine weitergehende Haftung verlangt hätte, als sie selbst gesetzlich auferlegt bekommen hat.

aa) Projekt- und Instandhaltungsverträge der ersten Ausschreibung

Hinsichtlich der in der ersten Ausschreibung zur Verhandlung gestellten Verträge bestand kein erhöhtes Risiko, dass die Antragstellerin aus taktischen Gründen die Haftungsregelungen so unattraktiv gestalten könnte, dass sich kein Bieter findet. Denn die Antragstellerin hatte in jedem Fall ein Interesse daran, durch die Ausschreibung einen Vertragspartner für die Errichtung der Technik (BESS und Netzbooster) und deren Instandhaltung zu finden. Für die Antragstellerin günstige Haftungsregelungen wären auch für einen eventuellen Erwerber der Batteriegesellschaft durch die zweite Ausschreibung vorteilhaft. Denn dieser würde die Verträge der ersten Stufe über die Errichtung und die Instandhaltung übernehmen. Die Bundesnetzagentur hat gleichwohl die Verträge vor Veröffentlichung der Ausschreibung gesichtet und keine Regelungen mit prohibitiver Wirkung identifiziert. Zu berücksichtigen ist zudem, dass es sich bei der gewählten Ausschreibungsform um ein Verhandlungsverfahren handelte. Die Bieter hatten daher Möglichkeit ihre eigenen Bedürfnisse bei der Verhandlung einzubringen.

bb) Verträge der zweiten Ausschreibung

Mit Blick auf die zweite Ausschreibung (Veräußerung der Projektgesellschaft), bei der sich kein Bieter fand, entspricht eine Überprüfung der zur Verhandlung gestellten Haftungsregelungen dagegen der gesetzgeberischen Intention. Dem Dritten sollen keine weitergehende Haftung auferlegt werden, als der ÜNB selbst gesetzlich auferlegt bekommen hat. Geprüft wurden daher die Verträge, die in der Finance-Lease Ausschreibung zur Verhandlung gestellt worden wären:

- (1) Der Vertragsübernahmevertrag, mit dem die Antragstellerin die BESS-Verträge (Projektvertrag und Instandhaltungsvertrag) zuvor auf die Batteriegesellschaft übertragen sollte, enthält keine relevanten Haftungsregelungen.
- (2) Der Kauf- und Abtretungsvertrag bezüglich der Kommanditanteile der Batteriegesellschaft Kupferzell GmbH & Co. KG und der Geschäftsanteile der Verwaltungsgesellschaft Batteriespeicher Kupferzell mbH regelt auch generelle Haftungsregelungen und Begrenzungen hinsichtlich des Übergangs der Kommandit- und Geschäftsanteile. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um nachvollziehbare Regelungen, die eine doppelte Berücksichtigung von Ansprüchen aus oder im Zusammenhang mit dem Vertrag verhindern sollen sowie um Verjährungsregelungen.

(3) Der Finanzierungsleasingvertrag ist der Vertrag, der mit Blick auf die Haftung des Dritten die größte Relevanz hat. Die Parteien des Leasingvertrags sind bezeichnet als Leasinggeber und Leasingnehmer. Der Leasinggeber ist dabei der Dritte, der im Rahmen der zweiten Ausschreibung den Zuschlag erhält. Der Leasingnehmer ist die Antragstellerin. Der Leasingvertrag enthält in der Fassung, die zur Verhandlung gestellt worden wäre, einige Haftungsregelungen. Diese sind mit Blick auf den gesetzgeberischen Prüfauftrag nicht zu beanstanden:

- Eine sogenannte „Instandhaltungsverpflichtung“

Danach verpflichtet sich der Leasinggeber gegenüber dem Leasingnehmer, das Leasingobjekt auf seine Kosten in regelmäßigen Intervallen nach Maßgabe der entsprechenden Herstellervorgaben zu warten, instand zu halten und Beeinträchtigungen bzw. Schäden, die durch den bestimmungsmäßigen Gebrauch des Leasingobjekts an diesem entstehen, unverzüglich zu beseitigen. Die Pflicht zur Instandhaltung des Leasingobjekts trifft auch nach § 535 Abs. 1 S. 2 a.E. BGB (der auf Leasingverträge Anwendung findet) den Leasinggeber. Häufig wird diese Pflicht jedoch auf den Leasingnehmer übertragen. Es ist jedoch nicht zu beanstanden, wenn die Vertragsparteien bei der ursprünglichen gesetzlichen Regelung bleiben. Vorliegend ist dies auch deshalb begrüßenswert, weil dadurch dem Entflechtungsrecht genüge getan wird. Denn dieses verbietet dem ÜNB, der hier Leasingnehmer würde, grundsätzlich die Errichtung, die Verwaltung und den Betrieb der Energiespeicheranlage.

- Regelungen zur Sach- und Preisgefahr

Danach trägt der Leasingnehmer die Gefahr für einen zufälligen Untergang, ein Abhandenkommen, einen Totalschaden, eine Verschlechterung und einen Wegfall der Gebrauchsfähigkeit des Leasingobjektes oder Teilen hiervon, sofern und soweit nicht der Leasinggeber für eine Beeinträchtigung bzw. einen Schaden am Leasingobjekt einzustehen hat. Der Leasingnehmer bleibt bei Eintritt eines dieser Ereignisse verpflichtet, von ihm geschuldete Leistungen weiterhin zu erbringen. Bei Eintritt eines solchen Ereignisses ist der Leasingnehmer berechtigt und verpflichtet, nach seiner Wahl unverzüglich und unabhängig davon, ob eine Versicherung oder ein Dritter für das Ereignis einzustehen hat, das Leasingobjekt auf seine Kosten instand zu setzen bzw. durch einen gleichartigen und gleichwertigen Gegenstand zu ersetzen und den Leasingvertrag unverändert fortzusetzen oder den Leasingvertrag vorzeitig schriftlich zu kündigen.

Vertragliche Regelungen, die dem Leasingnehmer in solcher Weise die Gefahr des Untergangs auferlegen, werden vom BGH gebilligt. Denn der Leasinggeber erwerbe das Leasinggut im Interesse des Leasingnehmers – wenn auch zugleich im eigenen – und stelle es zum Gebrauch zur Verfügung. Das Interesse an der Sache und an ihrer Benutzung liege also weit überwiegend beim Leasingnehmer. Deshalb erscheine es gerechtfertigt, in Bezug auf die Sach- und Gegenleistungsgefahr den Leasingnehmer in Allgemeinen Geschäftsbedingungen wie einen Käufer zu behandeln und damit vom gesetzlichen Mietrecht auch in diesem Punkte abzuweichen (vgl. BeckOGK/Ziemßen, 1.10.2022, BGB

§ 535 Rn. 921 m.w.N.). Dies gilt erst recht für die hier nicht als AGB gestellten, sondern verhandelten Regelungen zur Gefahrtragung.

- Regelungen zur Versicherung

Danach ist der Leasinggeber verpflichtet, während der Leasingzeit für das Leasingobjekt eine Allgefahrenversicherung auf fremde Rechnung zugunsten des Leasingnehmers zum Neuwert abzuschließen, das Leasingobjekt insbesondere gegen Feuer, Blitzschlag, Wasser, Diebstahl, Einbruch zu versichern und während der Leasingzeit eine Betriebshaftpflicht- inklusive Umwelthaftpflichtversicherung sowie eine Umweltschadenversicherung abzuschließen. Dass sich der Leasinggeber verpflichtet, das Leasingobjekt zu versichern, ist für den Leasingnehmer vorteilhaft. Der Leasinggeber wird dadurch jedoch nicht übermäßig belastet, insbesondere, weil die Kosten für die Versicherung in die Kalkulation der Leasingraten einbezogen werden können.

Forderungen aus der Allgefahrenversicherung sowie der Betriebshaft- und Umwelthaftpflichtversicherung werden nach der vertraglichen Regelung vom Leasinggeber mit sämtlichen Nebenrechten an den Leasingnehmer abgetreten. Dies ist konsequent, weil der Leasingnehmer im Falle eines Untergangs etc. dazu verpflichtet ist, das Leasinggut auf seine Kosten zu ersetzen oder Instand zu setzen (wenn er nicht die in diesem Fall auch mögliche Kündigung wählt).

- Regelung zur Gewährleistung

Zur Gewährleistung wird geregelt, dass der Leasinggeber dem Leasingnehmer für die Beschaffenheit, Sach- und Rechtsmängel des Leasingobjektes oder wegen dessen mangelnder Verwendbarkeit haftet. Dies entspricht der gesetzlichen Regelung.

(4) Dass diese Verträge abschreckende Wirkung auf potentielle Bieter gehabt haben könnten, ist außerdem auch deshalb weitgehend ausgeschlossen, weil sie erst nach Unterzeichnung der Geheimhaltungsvereinbarung an potentielle Bieter (hier nur einer) übermittelt wurden. Anderen potentiellen Bietern waren die zur Verhandlung gestellten Verträge nicht bekannt. Im Übrigen hätten auch Bieter der zweiten Ausschreibung ihre Bedürfnisse im Rahmen der Verhandlungen einbringen können.

2. Wirtschaftlichkeitsprüfung nach § 11 b Abs. 2 Nr. 2 lit. a) EnWG

Nach dem hier anwendbaren § 11b Abs. 2 Nr. 2 lit. a) EnWG ist schließlich Voraussetzung für eine Genehmigung von Eigentum, Errichtung, Verwaltung und Betrieb einer Energiespeicheranlage, dass der Betreiber des Elektrizitätsversorgungsnetzes den Zuschlag nach § 11a Abs. 1 EnWG zur Errichtung, zur Verwaltung oder zum Betrieb der Energiespeicheranlage nicht an einen Dritten erteilen konnte. Nach § 11a Abs. 1 EnWG darf kein Zuschlag an einen Dritten erteilt werden, wenn dieser die mit der Energiespeicheranlage angebotene Dienstleistung unter Berücksichtigung der Anforderungen an die Gewährleistung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems nicht zu angemessenen Kosten oder nicht rechtzeitig erbringen kann. Angemessen sind die Kosten,

wenn sie die Kosten für die Errichtung, die Verwaltung und den Betrieb einer vergleichbaren Energiespeicheranlage im Eigentum eines Netzbetreibers nicht übersteigen.

Aufgrund der Ausgestaltung als zweistufiges Ausschreibungsverfahren ist die Voraussetzung, dass kein Zuschlag erteilt werden konnte, bereits dann erfüllt, wenn sich bei der zweiten Stufe – wie hier – kein Bieter findet. Fände sich bei diesem Ausschreibungsdesign dagegen ein Bieter bei der zweiten Ausschreibung, stünde wegen der vorab ermittelten Preisobergrenze fest, dass dieser die mit der Energiespeicheranlage angebotene Dienstleistung wirtschaftlicher erbringen kann als der Netzbetreiber. Eine weitere Wirtschaftlichkeitsprüfung ist dann nicht erforderlich.

III. Gebühren

Hinsichtlich der Gebühren ergeht ein gesonderter Bescheid nach § 91 Abs. 1 Nr. 4, Abs. 3, Abs. 6 Nr. 2, i.V.m. § 11 b Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 2 EnWG, §§ 1, 2 EnWGKostVO i.V.m. Nr. 48.1 der Anlage zur EnWGKostVO.

Rechtsbehelfsbelehrung

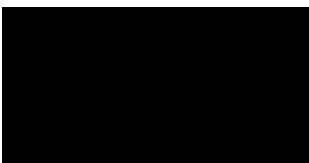
Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Bescheid angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Abteilungsleiter Energieregulierung